

DER HAUPTFEIND EINES JEDEN VOLKES STEHT IM EIGENEN LANDE!

(Karl Liebknecht)

DEUTSCHE KAPITALKRIEGER



ORGAN DER INTERNATIONALEN

(Sektion der Vierten Internationale)

KOMMUNISTEN

ÖSTERREICHS

Mai/Juni

Nr. 44/45

Preis S 2.-

DER NEUE LOHNRAUB - EINE NOTWENDIGE FOLGE DER SANIERUNG

DES KAPITALISMUS!

Auf den Inhalt des Lohn-Preispaktes Nr. 3 hier im einzelnen einzugehen, erübrigt sich; jeder Arbeiter kann sich auf Grund der Angaben der Tagespresse leicht ausrechnen, daß es sich um den bisher schwersten Angriff auf die Lebenshaltung der österreichischen Arbeiterklasse seit 1945 handelt. Wir führen nur summarisch an: die 8%ige Lohnerhöhung genügt nicht einmal, um die Erhöhung der Preise der heute noch bewirtschafteten Lebensmittel plus Strom und Gas usw. zu decken. Die Gewerkschaftsbürokraten mit Böhm an der Spitze betrügen die Arbeiter; in den Geheimverhandlungen mit den Unternehmern haben die SP- und Gewerkschaftsbürokraten - Böhm hat das auf der SP-Konferenz einfach unter den Tisch fallen lassen - auf Grund der Berechnungen des Gewerkschaftsbundes zur Deckung der Preiserhöhung der bewirtschafteten Lebensmittel allein eine 11%ige Lohnerhöhung gefordert, von den Unternehmern aber nur acht Prozent zugestanden erhalten. Böhms Behauptung, daß durch die acht Prozent die Preiserhöhungen ausgeglichen seien, stimmt also nicht einmal für die bewirtschafteten Lebensmittel. In Wirklichkeit wird die Verteuerung dieser Lebensmittel nur einen Bruchteil der allgemeinen Teuerung ausmachen, denn die Unternehmer haben im Gegensatz zu den beiden ersten Lohn-Preispakten diesmal ausdrücklich das Recht zugestanden erhalten, die infolge der Erhöhung der staatlichen Tarife (Post, Bahn etc.), die infolge der Erhöhung der Strom-, Gas- und Kohlenpreise und nicht zuletzt die infolge der 8%igen Lohnerhöhung gestiegenen Produktionskosten auf Warenpreise abzuwälzen. In die neuen Löhne ist ferner nicht die empfindliche Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge sowie der unsozialsten aller Massensteuern, der Warenumsatzsteuer eingerechnet.

Der Lohn-Preisakt Nr. 3 ist ein entscheidender Anschlag auf das Realeinkommen der österreichischen Arbeiter- und Angestellten-

schaft. Die SP versucht, über diese Tatsache mit allen möglichen Tricks hinwegzutäuschen. Sie vergleicht z.B. den jetzigen Lebensstandard der Arbeiter mit dem der Monate nach dem April 1945 und will so "beweisen", daß es den Arbeitern dank der SP-Politik immer besser gehe. Allein es ist klar, daß das Hungerniveau von 1945 kein Maßstab für eine ernste Untersuchung sein kann. 1945 war die Produktion zeitweise dem Nullpunkt nahe; wir müssen, um einen Vergleichsmaßstab zu finden, schon auf das Jahr 1937 zurückgreifen, und dies nicht nur, weil die Produktionsziffern jetzt im allgemeinen schon wieder die des Jahres 1937 erreicht und teilweise sogar überschritten haben, sondern weil 1937 auch das letzte "normale" Jahr war, bevor die Rüstungsproduktion und der Krieg die Produktions- und Einkommensverhältnisse vollkommen durcheinander gebracht haben. Wir müssen also das heutige Realeinkommen der Arbeiter mit dem des Jahres 1937 vergleichen. Dann zeigt sich nämlich sofort, daß gegenüber diesem Jahr, in welchem die Nachwirkung der großen Krise von 1929-33 noch lange nicht überwunden, in welchem die Arbeiter bereits drei Jahre lang niedergeworfen worden, in welchem sie schon drei Jahre lang ihrer politischen und gewerkschaftlichen Organisationen beraubt, in welchem sie schon das dritte Jahr der offenen Diktatur der Bourgeoisie unterworfen, in welchem das Realeinkommen der Arbeiter und kleinen Angestellten bereits tief unter dasjenige aus der Zeit vor der großen Wirtschaftskrise gesenkt worden war, daß also das heutige Realeinkommen der Arbeiter- und Angestelltenschaft, gemessen am Niveau des dritten Jahres der "vaterländischen" Diktatur, nur einen Bruchteil von diesem ausmacht.

Dagegen hat, wie gesagt, die österreichische Produktion im allgemeinen bereits die Ziffern des Jahres 1937 erreicht und in wichtigen Industrien sogar schon überschritten. Wenn heute, was Bourgeoisie und SP immer wieder hervorheben, die Anzahl der Beschäftigten höher und dadurch die Produktivität geringer ist als 1937, so ist dies nur der Ausdruck für das niedrige Realeinkommen der Arbeitermassen, denn die Frauen und Familienmitglieder der Arbeiter müssen ebenfalls ihre Arbeitskraft verkaufen, um nur die allernotwendigsten Bedürfnisse befriedigen zu können.

Wo steckt die Ursache für die Differenz im Realeinkommen, in wessen Tasche wandert diese Differenz?

Die Arbeiter zahlen - die Kapitalisten sanieren sich

Bourgeoisie und SP - beider Argumentation unterscheidet sich nicht wesentlich - reden sich auf den Krieg aus und sagen, daß die Besatzungsmächte oder genauer eine einzige Besatzungsmacht diese Differenz einstecke; die sowjetische Besatzungsmacht mit ihren Reparationsansprüchen und ihrer kontrollosen USIA-Wirtschaft sei schuld an der Verminderung des Realeinkommens der Arbeiter (während die braven Amis nicht nehmen, sondern geben). Gewiss, die Besatzungsmächte - und zwar alle vier - pressen aus Österreich große Summen heraus; nur die Form, in der die westlichen "Alliierten" dies machen, unterscheidet sie von ihrem östlichen Partner. Der Imperialismus bedient sich "zivilisierterer" und darum nicht so leicht durchschaubarer Formen. Die Sowjetbürokratie ist viel plumper; sie erpreßt teils, kaum verhüllt, unter dem auf dem Potsdamer Raubabkommen beruhenden Titel "Deutsches Eigentum" und über die kontrollose USIA-Wirtschaft, teils vollkommen offen von Österreich Reparationen, während der USA-Imperialismus in der Pose des edlen Spenders dasteht. Doch auch die "Marshallplan-Hilfe" verfolgt keineswegs das uneigennützige Ziel, dem österreichischen Volk zu helfen; sie will nur dem

Schwer angeschlagenen österreichischen Kapitalismus wieder auf die Beine helfen, aber nur so weit, daß dieser nicht zu einem Konkurrenten des USA-Kapitalismus auf den der österreichischen Bourgeoisie zugänglichen Märkten, sondern nur zu einem stiefelleckenden Lakaien des USA-Kapitalismus werde, sich in dessen Platzhalter in Österreich verwandeln kann. Die "Volksstimme", die den Anteil der sowjetischen Besatzungsmacht an der Ausplünderung der österreichischen Massen verschweigt oder verteidigt und beschönigt, veröffentlicht am 22.5.49 Dokumente, die die Rolle des USA-Imperialismus bei dem Anschlag gegen die Lebenshaltung der arbeitenden Massen in Österreich enthüllen. Nicht die USIA-Betriebe, nicht die sowjetische Besatzungsmacht allein, sondern alle vier Besatzungsmächte, das Besatzungsregime als Ganzes genommen belasten Österreich mit Piesensummen.

"Wir Österreicher leben über unsere Verhältnisse", ruft die "A.-Z." vom 6.5. aus. "Wir müssen mehr produzieren, dann wird es uns auch besser gehen." Wir produzieren bereits so viel als im Jahre 1937; warum hat die österreichische Arbeiter- und Angestelltenschaft nicht schon wieder die wahrhaft bescheidene Lebenshaltung dieses Jahres? Wer steckt die Differenz ein, die sich ergibt, wenn man den Reallohn von heute mit dem von 1937 vergleicht? Wir wissen: einen Teil die Besatzungsmächte. Einen Teil, beileibe nicht die ganze Differenz! Was Bourgeoisie und SP (und soweit es die sowjetischen Reparationen betrifft, auch die KP) verschweigen ist, daß die Besatzungskosten und die von allen vier Besatzungsmächten unter allen möglichen Titeln und mit den verschiedensten Methoden erpreßten Reparationen nicht von der Gesamtheit des österreichischen Volkes bezahlt werden, sondern daß die Bourgeoisie diese Lasten auf die werktätigen Massen abwälzt. Was sie verschweigen, ist, daß die Massen auf diese Weise der Bourgeoisie nicht nur die Kosten des verlorenen Krieges, sondern auch die Kosten des Wiederaufbaues der kapitalistischen Wirtschaft bezahlen müssen. Und wovon Bourgeoisie und SP schon garnicht sprechen, ist, daß darüber hinaus die Bourgeoisie ein ganz tüchtiges Stück Profit einsteckt.

Bei der Untersuchung über den Grad der kapitalistischen Ausbeutung der Lohnarbeit müssen wir nicht nur die zeitlich verschiedenen Reallohne der Arbeiter in Beziehung setzen, müssen wir nicht nur die Warensomme die der Arbeiter für seinen Nominallohn heute bekommt, mit der Warensomme vergleichen, die er z.B. 1937 bekommen hat, sondern müssen diese Warensomme auch in Beziehung setzen zu dem, was der Arbeiter dem Kapitalisten 1937 gegeben hat und heute gibt. Wir müssen den Anteil des Arbeiters an dem von ihm erzeugten Produkt mit dem Anteil des Kapitalisten daran, wir müssen den realen Arbeitslohn mit dem realen Profit der Kapitalisten vergleichen. Die österreichische Produktion hat heute im allgemeinen das Niveau vom 1937 erreicht, das Realeinkommen der Arbeiter- und Angestelltenschaft macht im Gegensatz hiezu nur einen Bruchteil desjenigen von 1937 aus. Die Kosten von Besatzung und Reparationen rechnet die österreichische Bourgeoisie heute zu den allgemeinen Unkosten der Produktion und überwälzt sie unter dem Titel "Einsatzsteuer" etc. auf die Massen. Das bedeutet, daß der kapitalistische Profit im Verhältnis zu 1937 zumindest gleich geblieben ist.

Der österreichische Kapitalismus, die österreichische Bourgeoisie sind die Urheber und Nutznießer des Raubfeldzuges gegen die Massen; deren Verelendung ist nur die unvermeidliche Begleiterscheinung des Wiederaufbaues der Profitwirtschaft. Es wiederholt sich, was sich nach dem ersten Weltkrieg in Österreich abgespielt hat: die Sanierung des Kapitalismus auf Kosten der Massen!

Mit Volldampf wieder hinein in die kapitalistische Wirtschaft

Wir haben bereits 1945 vorausgesagt, was der Wiederaufbau der Profitwirtschaft den Massen bringen wird. Die ersten drei offiziellen Raubzüge gegen die Lebenshaltung der Massen - Lohn-Preispaakt Nr. 1 und 2, sowie die sogenannte Währungsreform - haben unsere Voraussagen bestätigt. Der Lohn-Preispaakt Nr. 3 überbietet die vorangegangenen Raubzüge bei weitem, und dennoch wird es nicht der letzte Anschlag auf die Lebenshaltung der Massen sein, sondern es werden ihrer noch ganz andere folgen. Wir stehen bereits wieder am Anfang einer Entwicklung, die sich mit der Wacht der dem Kapitalismus innewohnenden Gesetzmäßigkeit durchsetzen wird, wenn nicht das Proletariat durch die Niederringung der Bourgeoisie diese Entwicklung verhindert.

Bourgeoisie und SP führen zur Verteidigung des Lohn-Preispaktes Nr. 3 an, daß er die Vollbeschäftigung sichern werde. Allein trotzdem sich dieser Paakt logisch den drei vorangegangenen Raubzügen anschließt, haben wir in Österreich bereits über 100.000 Arbeitslose. Das neue Abkommen führt in Wirklichkeit nicht zur "Vollbeschäftigung", sondern mit vollen Segeln in die kapitalistische Profit- und Krisenwirtschaft. Er trägt den Keim der Massenarbeitslosigkeit in sich, denn er senkt mit einem Schlag die Massenkauflkraft; noch mehr Waren als bisher werden unverkäuflich bleiben. Die Folge wird die Einschränkung der Produktion der Massenverbrauchsgüter, der Ruin zahlreicher kleinbürgerlicher Existenzen und kleiner Kapitalisten, die Schaffung einer industriellen Reservearmee großen Ausmaßes sein. Die Bourgeoisie wird versuchen, den hiebei für sie entstehenden Gefahren durch verstärkte Konkurrenz auf dem Weltmarkt auszuweichen. Um erfolgreich konkurrieren zu können, wird sie die Produktionskosten mit ihren Methoden zu senken versuchen: Intensivierung der Arbeit, d.h. verstärkte Ausbeutung der noch Arbeitenden und neuerlicher Lohnraub, wobei sie das entstehende Arbeitslosenheer gegen die Arbeitenden ausspielen wird. Und zuletzt wird die Monopolbourgeoisie in die unproduktivste aller Produktionen - in die Rüstungsproduktion - als den letzten Ausweg flüchten, auf welchen Weg sie der USA-Imperialismus nach vorwärts stoßen wird. Die Betriebsarbeiterschaft für einen Hungerlohn in der Rüstungsproduktion, die Arbeitslosen in einer neuen kapitalistischen Armee - Vollbeschäftigung nach dem Muster Adolf Hitlers! Das Spiel kann von neuem beginnen; wo es endet, haben alle Arbeiter noch in allzuguter Erinnerung.

Der Staat ist arm - aber er schenkt den Kapitalisten Millionen

Als Begründung für den neuen Lohnraub führen Bourgeoisie und SP die Notwendigkeit an, sie hätten das plötzlich sich ergebende Budgetdefizit beseitigen müssen; da sich sonst die Gefahr des "Zusammenbruches des Staates" ergeben hätte. Das Defizit sei die Folge der Besetzung und insbesondere der Schleichhandelspraktiken der USIA-Betriebe. Wir haben schon vorhin gezeigt, daß das Besatzungsregime zwar die österreichische "Wirtschaft" schwer belastet, daß es aber die "Wirtschaft" (lies: die Kapitalisten) versteht, die Lasten auf die Arbeiterschaft abzuwälzen.

Die Errechnung des Riesendefizits des Staatshaushaltes beruht auf einem ähnlichen Schwindel wie die Aufstellung der Bilanzen der kapitalistischen Betriebe; das Resultat ist dasselbe, auf dem geuldigen Papier werden Verluste ausgewiesen, und die Kapitalisten werden trotz dieser Verluste immer fetter. Dazu kommt noch, daß in der hohen staatlichen Bürokratie, in den diversen halbstaatlichen

Kammern und Wirtschaftsverbänden bis hinüber zur "Wirtschaft" selbst eine Unmenge von gutbezahlten Posten und Stellen geschaffen wurden, die selbstverständlich in erster Linie von den Anhängseln und offenen Agenten der Bourgeoisie, den ÖVP-Leuten und den ihnen nahestehenden Cliques besetzt sind. Die SP- und Gewerkschaftsbürokratie ist aber ebenfalls im erheblichen Maße an der Besetzung dieser Posten interessiert, ihre Gegensätze entspringen nicht zuletzt den Postenkämpfen rivalisierender Cliques. Diese Durchdringung des Staatsapparates mit verlässlichen Agenten und Protektionskindern bringt der Bourgeoisie und zum geringen Teil auch der SP- und Gewerkschaftsbürokratie große Vorteile und einträgliche Stellen, den Massen aber nur - erhöhte Steuern.

Aber das ist noch nicht alles: Unter dem Titel "Investitionsbegünstigungen" erhält die Bourgeoisie riesige Steuergeschenke; der Abgang hierfür muß selbstverständlich durch Erhöhung der Massensteuern, der staatlichen Tarife usw. hereingebracht werden. Für die Bourgeoisie ist der Staat eine Art Transmissionsmechanismus zur zusätzlichen Ausplünderung der Massen. Die wahre Ursache für die "Finanznot" des kapitalistischen Staates besteht eben in dessen Doppelgesicht: er ist den Massen gegenüber ein Erpresser, der Bourgeoisie gegenüber - eine Melkkuh!

Der Herr befiehlt - der Lakai gehorcht

Die SP-Bürokratie hat es auf sich genommen, den Arbeitern gegenüber die "Notwendigkeit" und "Unvermeidlichkeit" des Lohn-Preisabkommens Nr. 3 zu vertreten. "Alle müssen Opfer bringen", in dieser Forderung ist sie sich mit der Bourgeoisie einig (wobei das "Opfer" der Kapitalisten so aussieht, daß diese es auf die Preise überwälzen können). Die Argumentation der SP-Bürokratie unterscheidet sich von der der ÖVP einzig und allein nur darin, daß sie für den "Notstand des Staates" nicht nur die Besetzung, sondern schüchtern auch die Politik von "reaktionären Wirtschaftskreisen der ÖVP" verantwortlich macht. Allein sie sagt nicht das geringste darüber, was sie zu tun gedenkt, um diesen "Wirtschaftskreisen" das Handwerk zu legen, und darum ist der Hinweis auf deren Schuld nicht viel mehr als eine rednerische Floskel. In Wirklichkeit ist die SP der Bourgeoisie gegenüber ohnmächtig.

Zur Begründung ihres Verrats hat die SP-Bürokratie den Arbeitern die Gefahr des drohenden finanziellen Zusammenbruches des Staates an die Wand gemalt. Und erst vor wenigen Tagen hat Böhm wieder erklärt: "Wer den Lebensstandard von 1937 fordert, ist ein Schwindler!" Doch der wirkliche Schwindel, den gerade die SP-Bürokraten und die Böhm & Co. betreiben, besteht darin, daß sie verschweigen, daß nur der Lebensstandard der Arbeiter und kleinen Angestellten so tief gesunken ist, während der Lebensstandard der Bourgeoisie unverhältnismäßig über dem der Arbeiter liegt. Die Pflicht von wirklichen Arbeitervertretern wäre gewesen, auf die schreiende Ungleichheit der Einkommen in Österreich hinzuweisen und dafür zu kämpfen, daß die Bourgeoisie zum "opfern" herangezogen wird, nicht aber die Massen!

"Zuerst müssen wir mehr produzieren, dann wird es uns besser gehen." Die SP "vergißt" dabei die "Kleinigkeit", daß es nicht nur darauf ankommt, ob viel produziert wird, sondern darauf, wie das gesellschaftliche Produkt auf die einzelnen Gesellschaftsklassen verteilt wird. Der Sozialismus entspringt ja gerade der Tatsache, daß im Kapitalismus die Arbeiter zwar "viel" produzieren, daß aber ihr Anteil an dem von ihnen geschaffenen Produkt ein äußerst geringer ist.

Entscheidend für den Wohlstand der Massen ist nicht nur, ob "viel" produziert wird, sondern ebenso entscheidend ist das Verhältnis vom Arbeitslohn zum kapitalistischen Profit. Doch diese Frage existiert für die Böhm & Co nicht.

Bezeichnend für ihr schlechtes Gewissen den Arbeitern gegenüber ist die Art und Weise, in der SP- und Gewerkschaftsspitzen sich die "Zustimmung" zum Abschluß des Lohn-Preispaktes Nr. 3 und der mit ihm zusammenhängenden "Finanzreserve" geben ließen. Diese sonderbaren "demokratischen Sozialisten" haben nicht gewagt, ihre Abmachungen mit den Unternehmervertretern offen vor den gewählten Vertrauensmännern der Arbeiterschaft zu vertreten. Sie haben ihnen keine Gelegenheit gegeben, diese Abmachungen zu prüfen und ihren Inhalt den Arbeitern bekannt zu machen. Auf einer überfallsartig angesetzten Konferenz ließ sich die SP die "Zustimmung" zum Abschluß des neuen Lohnraubes geben. Diese Konferenz war nur von den Wiener und niederösterreichischen Parteiorganisationen der SP beschickt worden; die "Vertrauensmänner", die dort anwesend waren, setzten sich zusammen aus Mandatären der Partei, aus Parteibürokraten und aus von der Parteibürokratie abhängigen und mit ihr verfilzten Elementen. Der drei Tage später stattgefundene Gewerkschafts"kongreß" war noch bürokratischer zusammengesetzt: anwesend waren nur die bürokratischen Gewerkschaftsspitzen, die Gewerkschaftssekretäre und die Redakteure der Gewerkschaftsblätter. So sah die Befragung der "politischen und gewerkschaftlichen Vertrauensmänner der österreichischen Arbeiterschaft" aus, so sieht die "Demokratie" des "demokratischen Sozialismus" in der Praxis aus! Ein zynisches Hinwegsetzen über die wirkliche Meinung der Arbeiter, eine schamlose Verhöhnung des Gedankens der Arbeiterdemokratie!

Der einzige "Erfolg", auf den die SP, außer dem zweifelhaften Verdienst, den "Staat" wieder einmal "gerettet" zu haben, hinweisen konnte, war die Einführung der sogenannten "Arbeiterpension". Diese bedeutet tatsächlich eine kleine Verbesserung der Lage der alten Arbeiter, allein sie ist verknüpft mit einer empfindlichen Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge der Arbeiter und Angestellten: die Besserung der Lage eines kleinen Teiles der Massen geht zur Gänze auf das Konto der Arbeiter und kleinen Angestellten - nicht aber auf das der Bourgeoisie, die ihre Mehrbelastung auf die Preise überwälzen darf.

Wäre die SP eine Partei, die wirklich noch die Interessen der Arbeiterklasse vertritt, dann hätte sie die Sanierung der Massen auf Kosten der Bourgeoisie, die Erhöhung der Reallöhne, die Deckung des Budgetdefizits auf Kosten des kapitalistischen Profits fordern müssen. Dann hätte sie sagen müssen: "Auch wir Sozialisten sind interessiert am Wiederaufbau der Wirtschaft. Wir wollen aber nicht die "freie" Wirtschaft des Kapitalismus, sondern eine sozialistische Planwirtschaft. Auch wir Sozialisten sind interessiert daran, daß der öffentliche Haushalt wieder in Ordnung kommt. Wir wollen nur nicht einen Staat der "freien" kapitalistischen Wirtschaft sanieren, sondern einen Staat, in dem die sozialistische Planwirtschaft aufgebaut wird." Doch so zu sprechen, hätte die Koalition mit der Bourgeoisie sofort gesprengt, hätte bedeutet, den Massen anstatt des reformistischen, den revolutionären Weg aufzuzeigen.

In Wirklichkeit denkt die SP-Bürokratie nicht im Traum daran, die Koalitionslinie zu verlassen; sie hat ja schon mehrfach erklärt, an der Zusammenarbeit mit der ÖVP festzuhalten, wie immer die Wahlen ausfallen mögen. Die SP ist die Gefangene ihrer Koalitionspolitik. Ihrer politischen Weisheit Anfang und Schluß ist: niemals wieder der Bourgeoisie entbehrlich zu werden und darum allezeit deren getreuer Lakai zu sein! Das ist alles, was die Helmer & Co. aus der Katastro-

phe des Feber 1934 "gelernt" haben. Mit dieser Weisheit ausgerüstet, werden sie jedoch Schiffbruch erleiden. Je sklavischer sie sich der Bourgeoisie anpassen, desto mehr schwindet der Boden, auf dem sie stehen - das Vertrauen der Arbeiter. Aber ohne Arbeiteranhang werden sie für die Bourgeoisie wertlos und reif für den wohlverdienten Fußtritt!

Stalinpartei und Arbeiterinteressen

Die Stalinpartei versucht, den Mißmut und die Erregung der Arbeiter über den Verrat der SP für sich auszunützen. Das ist ihr auch teilweise gelungen: sowohl an der spontanen Demonstration vom 9.5., als auch an der KP-Kundgebung am 17.5. haben Teile der SP-Arbeiterschaft teilgenommen. Doch der Stalinpartei geht es nicht darum, die kapitalistische Offensive gegen die Lebenshaltung der arbeitenden Massen abzuwehren! Solange sie in der Regierung war, hat sie mitgeholfen, jede Regung der Arbeiter zur Verbesserung ihrer Lebenshaltung abzuwürgen. Damals stieß sie, so wie die SP heute noch, in das Horn: "Die Arbeiter dürfen den Wiederaufbau nicht gefährden! Der Wiederaufbau über alles!", wobei es ihr gleichgültig war, daß es sich um den Wiederaufbau der kapitalistischen Wirtschaft gehandelt hat. Genau die gleiche Politik der Unterordnung der Arbeiterinteressen unter die Interessen des kapitalistischen Wiederaufbaues hat ja damals auch die italienische, die französische KP betrieben. Die überall gleiche Art und Weise, wie die Stalinparteien diese Politik aufgezo-gen haben und zu einer solchen der Sabotage des "Wiederaufbaues" übergegangen sind, wäre nun an sich schon ein Beweis dafür, daß es sich ihnen weder in Frankreich noch in Italien oder bei uns auf ein ernsthaftes Übergehen auf die proletarische Klassenlinie gehandelt hat. Der Übergang auf eine "linke" Linie wurde durch den Marshallplan ausgelöst; die Wendung in der Politik der Stalinparteien stellt nur die Anpassung an die geänderten außenpolitischen Bedürfnisse der Sowjetbürokratie dar. Die Stalinpartei ist nicht "revolutionär" geworden; sie will nur die Arbeiter für die Interessen der sowjetischen Außenpolitik ausnützen.

Es gibt noch einen viel greifbareren Beweis für diese Behauptung - das Verhalten der Stalinpartei zur sowjetischen Besatzungsmacht hier im Lande selbst. Sie stellt sich mit ihrem Verhalten in diametralen Gegensatz zu den Interessen der österreichischen Arbeiter. Diesen Interessen entspricht die Forderung nach demokratischem Selbstbestimmungsrecht auch für Österreich - die Sowjetbürokratie setzt sich darüber glatt hinweg. Die Sowjetbürokratie verhandelt mit den Imperialisten über das Schicksal des österreichischen Volkes hinter dessen Rücken, sie trägt ihren Streit mit den Imperialisten auf dem Rücken und auf Kosten des österreichischen Volkes aus. Sie ist die Partnerin der Imperialisten an dem Raubabkommen von Potsdam und stellt auf Grund dieses Abkommens an Österreich hohe Reparationsforderungen. Wenn es der Stalinpartei um die Arbeiterinteressen ginge, dann müßte sie die von der Sowjetbürokratie in Österreich betriebene Politik ablehnen. Sie aber verteidigt die Ausplünderung Österreichs durch die Sowjetbürokratie, billigt deren Reparationsforderungen samt der USIA-Wirtschaft, verschweigt und beschönigt das antidemokratische Verhalten der sowjetischen Besatzungsmacht, dessen Opfer immer wieder auch Arbeiter sind. Sie handelt eben nicht als Partei, die von den Interessen der österreichischen Arbeiter ausgeht, sondern als politische Agentur der Stalinbürokratie.

Von diesem Gesichtspunkt aus ist auch der "Kampf" der Stalinpartei gegen den Lohn-Preispaß Nr. 3 zu betrachten. Sie versucht,

die Arbeiter gegen diesen zu mobilisieren, um der österreichischen Bourgeoisie (und über diese dem USA-Imperialismus) Schwierigkeiten zu machen, außenpolitische Konzessionen zu erpressen und womöglich doch noch die "volksdemokratische" Polizeidiktatur in Österreich aufrichten zu können. Sie ist gegen den Lohn-Preis-Pakt, aber sie sagt nicht, wofür sie ist! Ihre einzige Losung ist die inhaltlose Phrase: "Die Reichen sollen zahlen!" Der ernsthafte Kampf hierfür verlangt jedoch ein konkretes Programm der Sanierung der Massen auf Kosten der Bourgeoisie. Dieses Programm bleibt die Stalinpartei schuldig; ein solches Programm könnte die Massen nämlich wirklich in Schwung bringen. Will die Stalinpartei also garnicht die Mobilisierung der Massen? Ja, aber eine Mobilisierung auf bürokratisches Kommando, nicht als revolutionäre Bewegung selbstbewußter Massen. Eine Mobilisierung, die man jederzeit in die von der Sowjetbürokratie gewünschte Richtung dirigieren, bzw. auf deren Kommando wieder abstopfen kann, nicht eine solche, die über die von der Stalinbürokratie bezeichnete Linie hinausgehen könnte in die Richtung auf den revolutionären Sturz der Bourgeoisie. Aber hat die Stalinbürokratie in der "Volksdemokratie" nicht die Bourgeoisie entmachtet? Doch, aber nicht durch die Aktion revolutionärer Massen, sondern durch eine solche polizeilicher militärischer Natur und nur um sofort die Massen ihrer eigenen bürokratischen Diktatur zu unterwerfen. Das alles sehen die Massen. Sie werden in ihrer Ablehnung der Stalinpolitik bestärkt durch die Erfahrungen, die sie tagtäglich in Österreich mit der Politik der sowjetischen Besatzungsmacht und mit dem Verhalten der Stalinpartei zu dieser machen. So sehr die Massen mit der SP unzufrieden sind, so sehr schon Teile von ihnen den Schwindel des Lohn-Preispaktes Nr. 3 durchschauen - diese Erfahrungen stoßen die Massen von der Stalinpartei zurück und bewirken, daß nur ein Bruchteil von ihnen ihr zögernd und mißtrauisch folgt. Trotz allem Geschrei wird es darum der Stalinpartei nicht gelingen, wirklich große Massen gegen den Lohnraub in Bewegung zu setzen.

Sollen die Arbeiter also den Aufrufen der KP nicht folgen? Wir Internationalen Kommunisten erklären den Arbeitern, daß sie jeden Kampf unterstützen müssen, der sich objektiv gegen die Bourgeoisie wendet, und das ist bei der stalinistischen Aktion gegen den Lohnraub der Fall. Doch wir erklären den Arbeitern gleichzeitig, daß die ganz allgemein gehaltene Losung "Schluß mit dem Lohnraub! Die Reichen sollen zahlen!" nicht genügt, sondern daß sie durch ein Programm von Forderungen ergänzt werden muß, das in konkreter Weise zeigt, was und in welcher Form "die Reichen" zahlen sollen! Wir leiten die Arbeiter an, ein solches konkretes Forderungsprogramm von der KP zu verlangen. Und wir warnen schließlich die Arbeiter in geeigneter Weise vor den wirklichen Zielen der Stalinpartei. Zielen, die die Arbeiter in ihrem ureigensten Interesse ablehnen müssen, für deren Verwirklichung sie dieser Partei nicht folgen dürfen.

Schluß mit den Angriffen gegen die Lebenshaltung der Arbeiter!

Es gibt einen Weg, um den sich steigenden kapitalistischen Rauboffensiven gegen die Lebenshaltung der Arbeiter ein Ende zu setzen. Dieser Weg besteht in der Aufnahme des konsequenten Kampfes gegen die Bourgeoisie. Die erste Voraussetzung hierfür ist, daß die Arbeiter erkennen, daß es kein unabwendbares Naturgesetz ist, wenn die Lasten und "Opfer" des "Wiederaufbaues" einseitig von den Arbeitern getragen werden müssen, sondern daß das nur das Ergebnis der Tatsache ist, daß der Klassenkampf höchst einseitig geführt wird - von der Bourgeoisie allein.

Um die Arbeiter von der Aufnahme des Kampfes zur Verteidigung der Arbeiterinteressen abzuhalten, erzählen die Kapitalisten den Arbeitern - und die SP plappert das gehorsam nach - ein solcher Kampf wäre ein Verbrechen, sie, die armen Kapitalisten, könnten nicht, die "Wirtschaft" verträge nicht, die "Wirtschaft" würde zusammenbrechen, wenn die Arbeiter eigene Forderungen stellen und auf ihnen beharren würden. Wir Internationalen Kommunisten glauben jedoch nicht an diese zarte Gesundheit der "Wirtschaft", die "Wirtschaft" hat sechs Jahre Hitlerkrieg ausgehalten, warum soll sie nicht eine Erhöhung des Realeinkommens der Arbeiter aushalten? Es gibt ein sehr einfaches Mittel, die Leistungsfähigkeit der "Wirtschaft" festzustellen, nämlich: die Hauptbücher zu öffnen! Dann wird sich zeigen, daß die "Wirtschaft", die an einer Lohnerhöhung angeblich zugrunde geht, sehr gut den kapitalistischen Profit verträgt.

Öffnung der Hauptbücher, Rechnungslegung der kaufmännischen Gebahrung der kapitalistischen und öffentlichen Betriebe vor den Vertrauensmännern der Arbeiterschaft, Kontrolle des kapitalistischen Profits! Das ist der konkrete Weg zur Sanierung des Realeinkommens der Arbeiter und kleinen Angestellten auf Kosten der Kapitalisten. Diesen Weg zu gehen ist möglich. Das Betriebsrätegesetz gibt den gewählten Vertrauensmännern der Arbeiter das Recht der Einsichtnahme in die kaufmännische Gebahrung der Betriebe. Warum macht die Arbeiterschaft, warum machen ihre Vertrauensmänner von diesem Recht keinen Gebrauch? Der einzelne Betriebsrat ist so ohnmächtig wie der einzelne Arbeiter, zusammen sind sie eine Macht, die die Kapitalisten zur Gewährung der Einsichtnahme in die kaufmännische Gebahrung der Betriebe zwingen kann. Die Betriebsräte müssen also geschlossen handeln, sie müssen unter Anleitung der Gewerkschaften und in Zusammenarbeit mit ihnen handeln.

Allein die Gewerkschaften sind heute durch und durch bürokratisiert, die Gewerkschaftsdemokratie existiert nur auf dem Papier, die Gewerkschaftsbürokraten mit den Böhm & Co. an der Spitze sitzen mit den Kapitalisten "auf dem gleichen Ast". Der Kampf gegen die Kapitalisten kann also nur geführt werden, wenn wir gleichzeitig gegen die Agenten der Kapitalisten im Arbeiterlager kämpfen. Demokratisierung der Gewerkschaften, Verantwortlichkeit aller Gewerkschaftsfunktionäre, jederzeitige Absetzbarkeit, wenn sie dem Interesse der Arbeiter entgegenhandeln! Schluß mit der Praxis, daß die wichtigsten Beschlüsse nur von den bezahlten Gewerkschaftsbeamten gefaßt, daß die Arbeiter vor vollendete Tatsachen gestellt werden! Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Demokratie!

Daß die Kapitalisten den Klassenkampf einseitig führen können, daß ihre Anschläge gegen die Lebenshaltung der Arbeiter gelingen, daß die Arbeiter immer mehr zurückgedrängt werden, daß die Bourgeoisie ihre Herrschaft stabilisiert, alles das ist letzten Endes das Ergebnis der Führungslosigkeit der Arbeiterklasse. Wir Internationalen Kommunisten waren die ersten, die das klar erkannt haben; wir sind diejenigen, die der Arbeiterschaft auch den Ausweg aus dieser Lage zeigen: den Weg des revolutionären Klassenkampfes gegen die Bourgeoisie bis zu deren Sturz. Wenn uns heute auch nur eine kleine Minderheit der Arbeiterklasse hört und versteht - wir kämpfen mit ihr zusammen für die Schaffung einer wirklichen Arbeiterpartei! Das ist die letzte Konsequenz, die alle vorgeschrittenen Arbeiter aus der gelungenen Rauboffensive der Kapitalisten ziehen müssen!